



Bericht und Antrag der GPK

vom 16. September 2024

an den Gemeinderat über den

2024/236

Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2023

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat in Anwendung von Art. 63 Abs. 1 lit. d der Geschäftsordnung des Gemeinderats den Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2023 geprüft. Wie in den Vorjahren hat die GPK mit dem Ombudsmann im Rahmen einer Anhörung verschiedene Themen erörtert.

Der ausführliche Bericht dient der GPK einerseits zur Überprüfung der Arbeit der Ombudsstelle. Andererseits gibt der Bericht, ebenso wie der direkte Austausch mit dem Ombudsmann, der Kommission immer wieder wichtige Hinweise auf Abläufe in einzelnen Abteilungen der Stadtverwaltung oder auf Themen mit grundsätzlicher Bedeutung für die parlamentarische Aufsicht.

Der 52. Bericht beginnt mit einem Abriss der Themen, die den Ombudsmann und sein Team im Jahr 2023 am meisten beschäftigt haben. Die Jahresagenda gibt einen Überblick über seine wichtigsten Termine und Auftritte, die neben den Aufgaben in der Ombudsstelle anfallen.

Den Schwerpunkt des Jahresberichts 2023 bildet die Bedeutung der Menschenrechte für die Stadt. Am Beispiel der Menschenrechtsstadt Graz wird aufgezeigt, worauf es ankommt und warum die Stadt Zürich, teilweise vielleicht unbewusst, gute Voraussetzungen mitbringt, um zur ersten Menschenrechtsstadt der Schweiz zu werden. Die zehn aufgeführten Fallbeispiele beschäftigen sich mit den menschenrechtlichen Aspekten des Verwaltungshandelns. In einem zweiten Abschnitt behandelt der Bericht das Thema der korrekten Aktenführung der Verwaltung und beschreibt gut geführte Akten als eine verfassungsmässige Pflicht.



2 / 2

Den Abschluss macht, wie in den vorhergehenden Berichten, die übersichtliche, detaillierte Statistik.

Die Mitglieder der GPK danken Dr. Pierre Heusser und seinem Team für den Einsatz und die detaillierte Beantwortung der Rückfragen.

Referat zur Vorstellung des Berichts: Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt, den Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2023 abzunehmen.

Die Minderheit der GPK beantragt, den Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2023 nicht abzunehmen.

Mehrheit:	Referat: Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Matthias Probst (Grüne), Präsidium; Leah Heuri (SP), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)
Abwesend:	Sanija Ameti (GLP), Roland Hurschler (Grüne)

Für die GPK

Matthias Probst (Grüne), Präsidium
Bettina Falah, Sekretariat